

Frankfurter Rundschau

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG MONTAG, 11. JUNI 2018 • 74. JAHRGANG • NR. 132 • D • D 2972 • 2,50 €



Das Bild, das um die Welt geht: Der Gipfel von Québec, wie ihn die Bundesregierung sieht.

JESCO DENZEL
BUNDESREGIERUNG

Das neue Weltbild

Trump gegen alle: Mit dem G7-Desaster endet eine Epoche internationaler Kooperation. Jetzt trifft der US-Präsident Nordkoreas Diktator. Ist das mehr als Show? S. 4/5, 11



**FUSSBALL WM
RUSSLAND 2018**
WWW.FR.DE/WM2018

Image für Russland Das Land will sich weltoffen zeigen, geht aber weiter massiv gegen Kritiker vor S. 2/3

Konflikt für Fans Kann man diese WM anschauen oder sollte man sie boykottieren? Ein Pro & Contra S. 3

Pfiffe für Gündogan Die unheimliche Macht eines Bildes S. S1

INTEGRATION

Gut für Geflüchtete, gut für Europa

Der Streit über die Verteilung von Zuwanderern in der EU schwelt weiter. Dabei gäbe es Lösungen. Wissenschaftler haben ein Konzept erarbeitet, im Gastbeitrag für die FR stellen sie es vor. S. 10

FALL SUSANNA F.

Verdächtiger sagt aus

Ali B. zurück in Deutschland

Der Tatverdächtige im Mordfall Susanna F. ist am Sonntag nachmittag einer Ermittlungsrichter des Amtsgerichts Wiesbaden vorgeführt worden. Berichten zufolge sagte er ausführlich aus, über den Inhalt wurde zunächst nichts bekannt. Im Irak soll B. den Mord gestanden haben. Der 20-Jährige war am Samstagabend an Deutschland ausgeliefert worden. Am Wochenende demonstrierten in Mainz, wo Susanna F. lebte, rechte Gruppen. Bericht S. 29

STUDIO 71

Talentschmiede für Youtuber

Das Berliner Studio 71 gehört zu den größten Webvideo-Netzwerken weltweit. Das Unternehmen vermarktet rund 2000 Youtuber. Berühmte Influencer sollen noch einflussreicher werden. Ein Studiobesuch. S. 14

SCHNARCHEN

Ein Museum für Fluch und Segen

S. 18/19

ANZEIGE

Netto Marken-Discount Nur heute! Mo., 11.06.18

Knuspriger MONTAG

BACKSTUBE

Schnittbrötchen, 5 x 65 g

Unsere klassischen Meisterstücke (1.54 / kg)

statt -70% -28%

5 Stück für nur **-.50**

5 x 65 g

eigene Herstellung in Deutschland, mit Dampf gebacken

Im Einzelkauf -14 (2.15 / kg)

Netto Marken-Discount AG & Co. KG • Industriepark Ponholz 1 • 93142 Maxhütte-Haidhof

Die abgebildeten Artikel sind nicht in allen Filialen erhältlich und können wegen des begrenzten Angebots schon am ersten Tag ausverkauft sein. Abgabe nur in haushaltsüblichen Mengen.

KW 24 / PoWoKe



4 199074 202505

FRANKFURTER RUNDSCHAU, 60266 Frankfurt am Main, Telefon 069/21 99-1
Anzeigen-Service: Fax 069/21 99-30 30, Telefon 069/21 99-30 00, E-Mail: anzeigen@fr-online.de
Abo-Service: Fax 069/21 99-32 64, Telefon 069/21 99-30 00, E-Mail: vertrieb@fr-online.de
Auslandspreise der Frankfurter Rundschau: A, B, Nt: 3,20 € - DPAG Entgelt bezahlt

INHALT

Leser/Wetter	12	Feuilleton	20	Rhein-Main	29
Wirtschaft	14	Rätsel	25	TV-Programm	26
Magazin	18	Wissen	28	Familienanzeigen	23
Sport	31	Panorama	34	Impressum	8
Meinung	10				

»FR.DE

Nachrichten aus Rhein-Main
Deutschland und der Welt



GASTBEITRAG

Geflüchteten helfen – und der EU gleich mit

Wie sich eine bessere Verteilung der Migranten mit mehr Unterstützung für die europäischen Regionen verbinden ließe. Ein Vorschlag.

Die Flüchtlingsfrage spaltet die Europäische Union. Neue Ideen sind gefragt. Emmanuel Macron und jetzt auch Angela Merkel haben die gerechte Verteilung der Integrationslasten angeordnet. Beide sind sich zudem einig: Europa ist beim Management der Migration gefordert.

Allerdings gehen weder der Präsident noch die Bundeskanzlerin in die Details. Dabei gäbe es Lösungen. So könnten sich europäische Kommunen direkt um die Aufnahme von Flüchtlingen bewerben – und würden dafür aus dem EU-Budget finanziell unterstützt. Mehrkosten für die nationalen Haushalte gäbe es nicht.

Der Mechanismus wäre einfach. Jeder Flüchtling, der in dieses Programm aufgenommen wird, erhält eine individuelle EU-Beihilfe. Die gleiche Summe erhält aber auch die aufnehmende Kommune. Diese Zuwendung wäre zweckgebunden. Das würde bedeuten, dass die Kommunen diese Unterstützung unbürokratisch für regionale Wirtschafts- oder Sozialprojekte nutzen könnten.

Im Gegenzug könnte die EU ihre Kohäsions- und Agrarausgaben abschmelzen. Diese Fonds verfallen ohnehin seit Jahrzehnten ihr eigentliches Ziel, nämlich sozioökonomische Konvergenz zwischen den Mitgliedstaaten herzustellen.

Unser Vorschlag, die Integrationsleistung mit der Vergabe von EU-Finanzmitteln zu koppeln, würde Synergien schaffen zwischen einem notwendigen europäischen Finanzausgleich und der dringlichen Lösung der Migrationsfrage.

Dass dabei die Peripherie in den Blick gerät, ist ein zusätzlicher Vorteil. Dort macht sich der demografische Wandel besonders bemerkbar – und man kämpft mit Netto-Bevölkerungsverlust. Diese gefährden die ökonomische Basis ganzer Regionen, die zu veröden drohen. Für diese Gebiete wäre eine moderne Ansiedlungspolitik – gefördert durch die EU – eine einmalige Chance. Die Kommunen sind in der Regel ohnehin weniger ideologisch und handeln viel pragmatischer als die Politikeliten in den Hauptstädten.

Alles würde zudem auf Freiwilligkeit beruhen, und eine Chance auf die Umsetzung eines solchen Vorschlags bieten die gegenwärtigen Haushaltsverhandlungen über eine neue Finanzplanung der EU für die Zeit nach 2020.

Aber wäre eine „doppelte EU-Beihilfe“ für Migranten aus Drittstaaten finanzierbar? Während

die Bewerberzahlen seit 2012 kontinuierlich angestiegen sind und in den Jahren 2015 und 2016 jeweils einen Höchststand von rund 1,3 Millionen Personen erreicht haben, wurden im Jahr 2017 EU-weit etwa 705.000 Bewerber registriert.

Geht man von durchschnittlich einer Million Zuwanderern pro Jahr aus, und nimmt man ferner an, dass aus den Agrar- und Regionalfonds, die mehr als die Hälfte des EU-Budgets von etwa 160 Milliarden Euro ausmachen, nur 25 Milliarden abgeschmolzen würden, dann könnten für jeden Einwanderer 25.000 Euro pro Jahr aus dem EU-Haushalt zur Verfügung gestellt werden. Die Hälfte davon, monatlich etwa 1000 Euro, würden direkt an Einwanderer ausbezahlt, 12.500 Euro am Ende eines Jahres an die aufnehmende Gemeinde.

Selbstredend ließe sich die Verteilung an die realen Lebenshaltungskosten im Aufnahmeland anpassen. Dann würde sich der Anteil für die Kommunen in ärmeren Mitgliedstaaten entsprechend erhöhen. Gemessen an der Kaufkraft ist das viel Geld – insbesondere am südosteuropäischen Rand der Union. Deutschland hätte nach dieser Rechnung für die Aufnahme von 200.000 Flüchtlingen im Jahr 2017 mehr als fünf Milliarden Euro erhalten – immerhin ein Viertel der hierzulande veranschlagten jährlichen Integrationskosten.

Ein doppelter EU-Zuschuss würde die Migrationsströme intelligent lenken – und Geld in die relativ ärmeren Regionen bringen. Deutschland würde durch die Verlagerung der Migration sowie durch die direkten Zuschüsse zweifach entlastet. Es müsste natürlich dafür gesorgt werden, dass die nationalen Integrationsmittel in den Aufnahmelandern nicht anders verwandt werden. Dann könnte sich die Aufnahme und Integration für viele Regionen in Europa als ein Investitionsprogramm erweisen – mit dem positiven Nebeneffekt, dass das sozialpolitische Ansehen der EU gestärkt würde.



Michael W. Bauer ist Professor für vergleichende Verwaltungswissenschaft an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaft Speyer.



Rahel M. Schomaker lehrt Volkswirtschaft an der Universität Kärnten in Villach. Gemeinsam leiten die Autoren ein Projekt zur Integration von Flüchtlingen in Europa an der Universität in Speyer.

KOLUMNE

Gehstock gegen Sushi-Stäbchen



Wenn es heiß wird in Berlin, gehen die Menschen noch lieber aufeinander los als sonst. Warum der Prenzlauer Berg im Klimakrieg keine Chance haben wird.

Von Katja Berlin

dafür Freibier. Ich wurde etwa gerade äußerst aggressiv angegangen, nur weil ich einen Mann auf einer dieser langen Bahnhofstreppe höflich darum bat, an ihm vorbeilaufen zu dürfen. Ja, ich habe sogar bitte gesagt.

Dabei musste ich U-Bahn fahren, weil es bei Hitze auf dem Fahrrad noch viel gefährlicher ist. Der von Autos eingehaltene Sicherheitsabstand verringert sich dann von durchschnittlich 20 auf zwölf Zentimeter. Damit wird Radfahren im eh schon aggressiven Straßenverkehr bei 27 Grad

suizidal. Ich habe alleine im letzten Monat zwei Unfälle miterlebt, bei denen Fahrradfahrerinnen umgefahren wurden.

Ich glaube deshalb, dass Berlin für einen Klimakrieg geradezu prädestiniert ist. Nicht wegen Wirbelstürmen oder Wassermangels, sondern weil sich vielleicht an einem heißen Augusttag irgendwo jemand vordrängelt oder trotz Hupens nicht innerhalb von 0,2 Sekunden nach Grünschalung losfährt oder weil jemand doch tatsächlich auf einer Rolltreppe laufen möchte. Dann explodiert die ganze Chose.

Im zu erwartenden Bürgerkrieg werden Zehlendorfer mit Tennis- und Hellersdorfer mit Baseballschlägern, Wilmersdorfer mit Gehstöcken und Reinickendorfer mit Schäferhunden aufeinanderzutreffen.

Was sie derzeit in Pankow noch aus ihren Schuppen holen, wollen wir wahrscheinlich alle gar nicht wissen. Dagegen hätten die armen Menschen aus Prenzlauer Berg und Kreuzberg mit ihren Sushi-Stäbchen und Longboards keine Chance. Ich würde mich natürlich augenblicklich auf die Seite der Weddingler schlagen. Seit ich weiß, dass sie auch bei minus zehn Grad noch Jogginghosen tragen, traue ich ihnen alles zu.

Eine Chance auf Frieden wäre wohl erst dann realistisch, wenn im Dezember die alljährliche Winterstarre einsetzt. Hoffen wir also für uns alle, dass die Polkappen noch so lange wie möglich erhalten bleiben werden.

Katja Berlin ist Autorin.

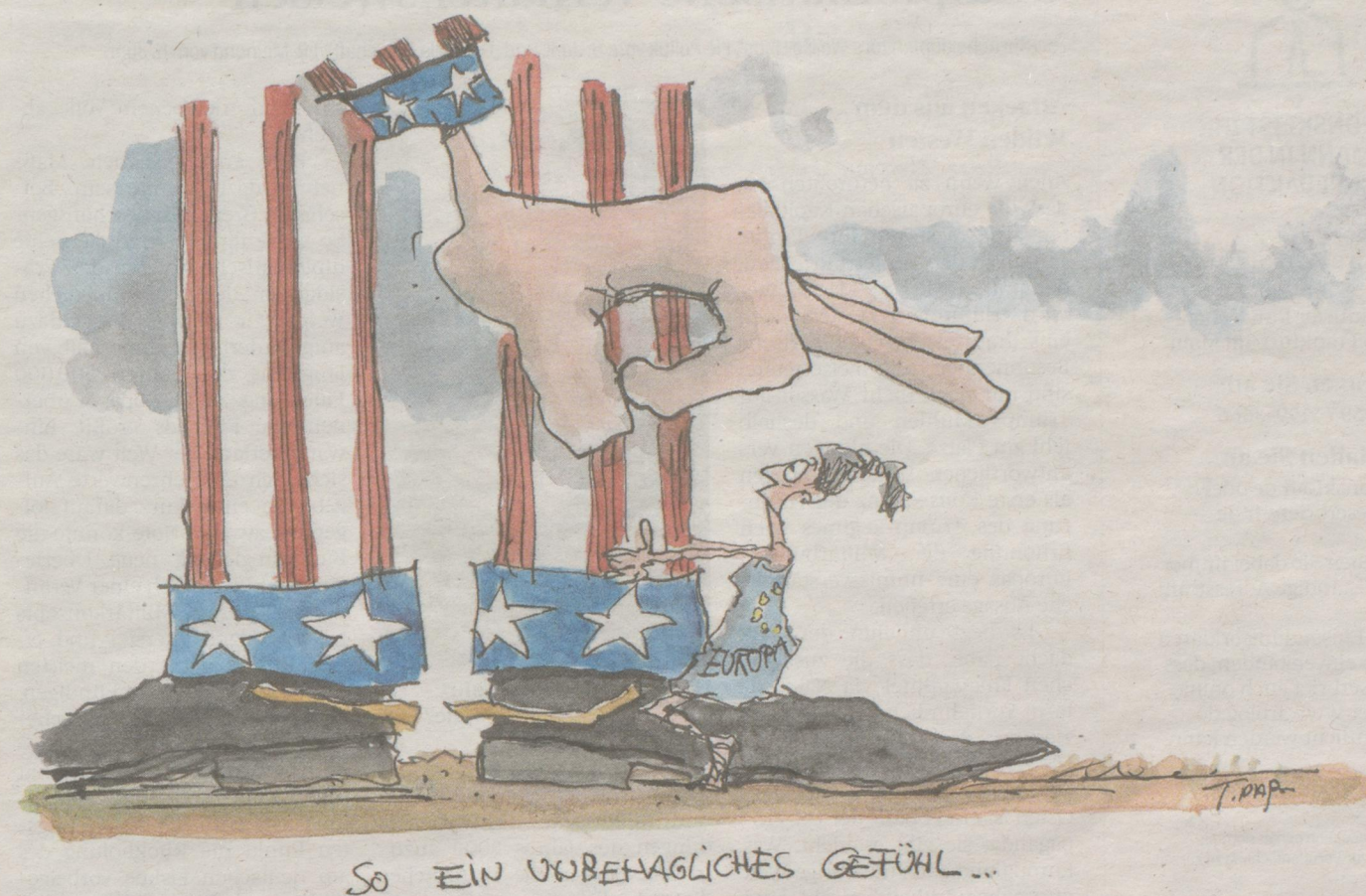


Das andere Amerika

Manchmal sollte man sich daran erinnern, dass die USA nicht nur aus Donald Trump bestehen. In Boston zum Beispiel fand am Wochenende die „Pride Parade“ statt und Dutzende von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern schlossen sich der Forderung nach Achtung der Menschenwürde auch bei

sexuellen Minderheiten an. Dem Präsidenten, der sich unter anderem einen notorisch homophoben Vize leistet (Mike Pence), wird es egal sein. Aber die Hoffnung, dass das andere Amerika Trumps Truppe irgendwann aus dem Amt protestiert (oder wählt), ist noch lange nicht gestorben.

BILD: AFP



LEITARTIKEL

Gespräch beendet

US-Präsident Trump hat dem Format G7 endgültig den Garaus gemacht. Das Signal: Alte Regeln gelten nicht mehr. Wie kann Europa reagieren?

Nach menschlichem Ermessen, verkündete die deutsche Kanzlerin Angela Merkel noch am Samstag, werde der Gipfel der sieben westlichen Industriestaaten in Kanada mit einer gemeinsamen Abschlusserklärung zu Ende gehen. Ein Minimalkompromiss schien gefunden, den die USA mittragen würden, das war schon mehr, als zu erwarten stand. Wenige Stunden später zeigte sich, dass menschliches Ermessen keine Kategorie ist, die sich auf den US-Präsidenten anwenden lässt.

Das wusste man schon vorher. Doch die Art und Weise, wie Donald Trump per Tweet alles zu nichte machte, was vorher mühsam ausgehandelt worden war, ist in der Geschichte der modernen Diplomatie ohne Beispiel.

Seit 42 Jahren gibt es die G7, der Klub stammt also aus einer Zeit, in der die Welt noch anders aussah. Seit 42 Jahren trifft man sich einmal im Jahr. Die Gipfel wurden immer größer und trotz ihres informellen Charakters zum geopolitischen Instrument. Der Preis dafür war, dass sie in den vergangenen Jahren nur unter

massiven Sicherheitsvorkehrungen an möglichst abgelegenen Orten stattfinden konnten. Im besten Fall, das monieren Kritiker, lieferten sie schöne Bilder, aber kaum konkrete Ergebnisse. Gleichzeitig hat sich mit den G20-Treffen ein Format etabliert, das den heutigen Kräfteverhältnissen auf der Welt besser gerecht wird.

Wie man angesichts dieser Schwächen einen Gipfel perfekt für seine Zwecke instrumentalisieren kann, hat der frühere italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi als Gastgeber vorgeführt. Er verletzte den Gipfel 2009 ins Erdbebengebiet der zerstörten Stadt L'Aquila. Doch im Rückblick wirkt selbst dieses Treffen wie ein Relikt aus einer besseren Zeit, als die alte Weltordnung noch halbwegs intakt war. Der US-Präsident hieß damals Barack Obama, auch Russland war dabei und selbst einer wie Berlusconi hielt sich gelegentlich an die Regeln der Diplomatie.

Trump hingegen hat den Multilateralismus, der die vergangenen Jahrzehnte westlicher Politik geprägt hat, aufgekündigt. Seine Alleingänge im Handelsstreit oder beim Iranabkommen waren nur Vorboten der größtmöglichen Dapierung seiner Verbündeten, die er nun hat folgen lassen.

Es geht dabei nicht nur um Stilfragen. Die alten Regeln, so das Signal, gelten nicht mehr. Das ist umso gefährlicher, als die Welt heute bevölkert ist mit irrlüchternen Populisten vom Schlage Trumps. Nicht nur autoritäre Regime und eben die USA, auch die europäischen Demokra-

tien sind dafür anfällig geworden. Die starken Männer heißen Donald Trump, Wladimir Putin oder Kim Jong Un, und es ist kein Zufall, dass Trump das Gespräch mit ihnen wichtiger ist als die Runde der verachteten G7-Debattierer.

Ironischerweise will ausgerechnet Trump Russland wieder aufnehmen, aber auch das passt ins Schema. Schon damit hat er den restlichen sechs Staaten zu verstehen gegeben, dass er sie allenfalls als Statisten sieht, auch die erfahrene deutsche Kanzlerin. Gerade ihre Politik beruht darauf, den russischen Verstoß gegen das Völkerrecht bei der Annexion der Krim zu sanktionieren. Einen wie Trump schert das nicht. Entscheidend ist, was ihm nutzt oder kurzfristig zu nutzen scheint, da kann jeder heute Feind sein und morgen Freund und übermorgen wieder anders herum.

Nach dem Gipfel von La Malbaie gibt es die G7 nicht mehr, sie sind spektakulär gescheitert. Bestenfalls handelt es sich nun um G6 plus eins. Nicht einmal das ist gewiss, auch die neue populistische Regierung in Rom ist ein unsicherer Kantonist. Einen Vorgesetzten lieferte Ministerpräsident Conte, zum ersten Mal dabei. Er begrüßte den Vorstoß Trumps zu Russland zunächst freudig, auf Twitter, wo sonst. Es ist richtig, dass die schockierten Verbündeten Trumps an der Abschlusserklärung des Gipfels festhalten wollen, und es schadet auch nichts, wenn der Elyseepalast den US-Präsidenten sehr deutlich zur Einhaltung von Regeln auffordert. Und doch ist es nicht mehr als ein Zeichen tiefer Hilflosigkeit. Einen

vom Schlage Trumps beeindruckende solche Ermahnungen nicht, schon gar nicht aus Europa. Seine Stärke resultiert auch aus der Schwäche Europas, das tief zerstritten ist und als geopolitischer Akteur kaum eine Rolle spielt.

Die Antwort kann gerade für die Europäer trotzdem nicht sein, sich vom Multilateralismus zu verabschieden. Das Gespräch, der Diskurs, der Konflikte aushält und manchmal sogar ausräumt, ist die Grundlage der Demokratie. So bitter es ist, dass ausgerechnet die USA, die diese Werteordnung entscheidend mitgeprägt haben, sich unter der Führung von Trump von ihr verabschieden: Das darf nicht dazu führen, gar nicht mehr zu reden. Vielmehr ist es höchste Zeit, über neue Gesprächsformate nachzudenken – und sich auf die Partner in Europa zu besinnen.

Das gilt auch für das deutsche Kanzleramt. Spätestens jetzt ist klar, dass sich Donald Trump nicht einhegen lässt, auch nicht nach menschlichem Ermessen. Entgegenzusetzen ist ihm nur dann etwas, wenn sich Europa auf seine Stärken besinnt und sich endlich radikal erneuert. Der Weg dahin kann nur über Paris führen. Berichte S. 4/5



Kordula Doerfler

LINKSPARTEI

Viel Schaden, keine Lösung

Von Markus Decker

Der Parteitag in Leipzig erschien, wie so vieles an der Linken, widersprüchlich. Während die Delegierten den flüchtlingspolitischen Kurs der Vorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger stützten, brachten sie den beiden bei ihrer Wiederwahl eine herbe Schlappe bei.

So widersprüchlich, wie es scheint, ist das freilich gar nicht. Eine Mehrheit in der Partei ist überzeugt, dass Sahra Wagenknecht unverzichtbar sei. Dies wiederum geht vor allem zu Kippings Lasten. Denn sie hat Wagenknecht am vehementesten widersprochen – und hätte sich den neuen Seitenhieb auf Oskar Lafontaine besser verkniffen.

Doch beschädigt sind auch Wagenknecht und Dietmar Bartsch. Wagenknecht ist inhaltlich isoliert und Bartsch gilt manchen seiner Reformfreunde als Opportunist.

Die sächsische Landeschefin Antje Feiks sagte zu Recht: „Die öffentlichen Kämpfe – sie schaden uns, und sie lähmen.“ Sie haben zudem verhindert, dass die Partei zu einer überzeugenden Position in der Flüchtlingspolitik findet. Zwischen Kippings und Riexingers Lösung „offene Grenzen“ und Wagenknechts bereitwilliger Anpassung an den Rechtstrend tut sich ein Vakuum auf, das die Linke mit eigenen Konzepten füllen müsste. Leider ist sie dazu nicht in der Lage. Bericht S. 6

ÖSTERREICH

Der brave Herr Kurz

Von Stephan Hebel

Ist das nicht toll? Freitags in Wien den Islamisten das Handwerk legen und sonntags in Jerusalem der Holocaustopfer gedenken? So hat es Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz gemacht, und seine Fans werden sagen: Seht ihr, wer der islamistischen Gefahr mit Härte begegnet, muss kein Minderheitenhasser und Rechtspopulist sein, er hat ja offenbar nichts gegen Juden. Auch wenn er mit den Rechtsaußen von der FPÖ koalitiert.

So sieht es aus, das Bild, das die smarten Jungs an der Schnittstelle nach ganz rechts vermitteln möchten. Aber mit der Wirklichkeit hat es wenig zu tun. Die Regierung in Wien hat ja nicht einfach volksverhetzende Aktivitäten in Moscheen unterbunden. Sie hat ein Brimborium veranstaltet wie sonst nur bei Großereignissen. Natürlich mit dem Kalkül, eingefleischten Islamhassern Futter zu geben. Und das wird nicht besser, nur weil Recep Tayyip Erdogan genauso populistisch kontert, wie Kurz seine Aktion angelegt hat.

Wer heute gegen Muslime sei, sei morgen gegen Juden, hat eine israelische Politikwissenschaftlerin gesagt. Niemand sollte die Warnung überhören. Berichte S. 8